

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MICHAEL SCHENK

Richter Thorsten Schleif aus Dinslaken kennt keine Gnade – jedenfalls nicht mit seinen Kollegen in der schwarzen Robe. Schonungslos, ja fast ein wenig reißerisch liest er ihnen die Leviten und prangert „butterweiche Urteile“ an. Keine Frage, sein Buch „Urteil: Ungerecht – ein Richter deckt auf, warum unsere Justiz versagt“ sorgt für Furore – nicht nur in den Gerichtssälen. Im PZ-Interview verrät er, dass er dennoch bisher nur Lob von Kollegen vernommen hat.

PZ: Herr Schleif, mit Ihrem Buch spucken Sie den Kollegen kräftig in die Suppe. Welche Resonanz haben Sie aus der Richterschaft bisher erhalten?

Thorsten Schleif: Ich hab sehr positives Feedback erhalten.

Ach was!

Ja, durchaus sehr positiv. Glückwünsche, weiter so. Dass es sehr mutig sei. Dass es Zeit gewesen sei, dass sich endlich mal einer so äußert, ansonsten würde sich ja eh nichts ändern. Das waren so die Äußerungen, die ich zurückbekommen habe.

Negatives noch nicht?

Komischerweise noch nicht eine Einzige.

Sie kritisieren als einen Grund für „butterweiche Urteile“ die Richterausbildung, die Sie als praxisfern bemängeln. Es werde nicht geprüft, ob Bewerber geeignet sind, unangenehme Entscheidungen zu treffen. Was konkret schlagen Sie vor?

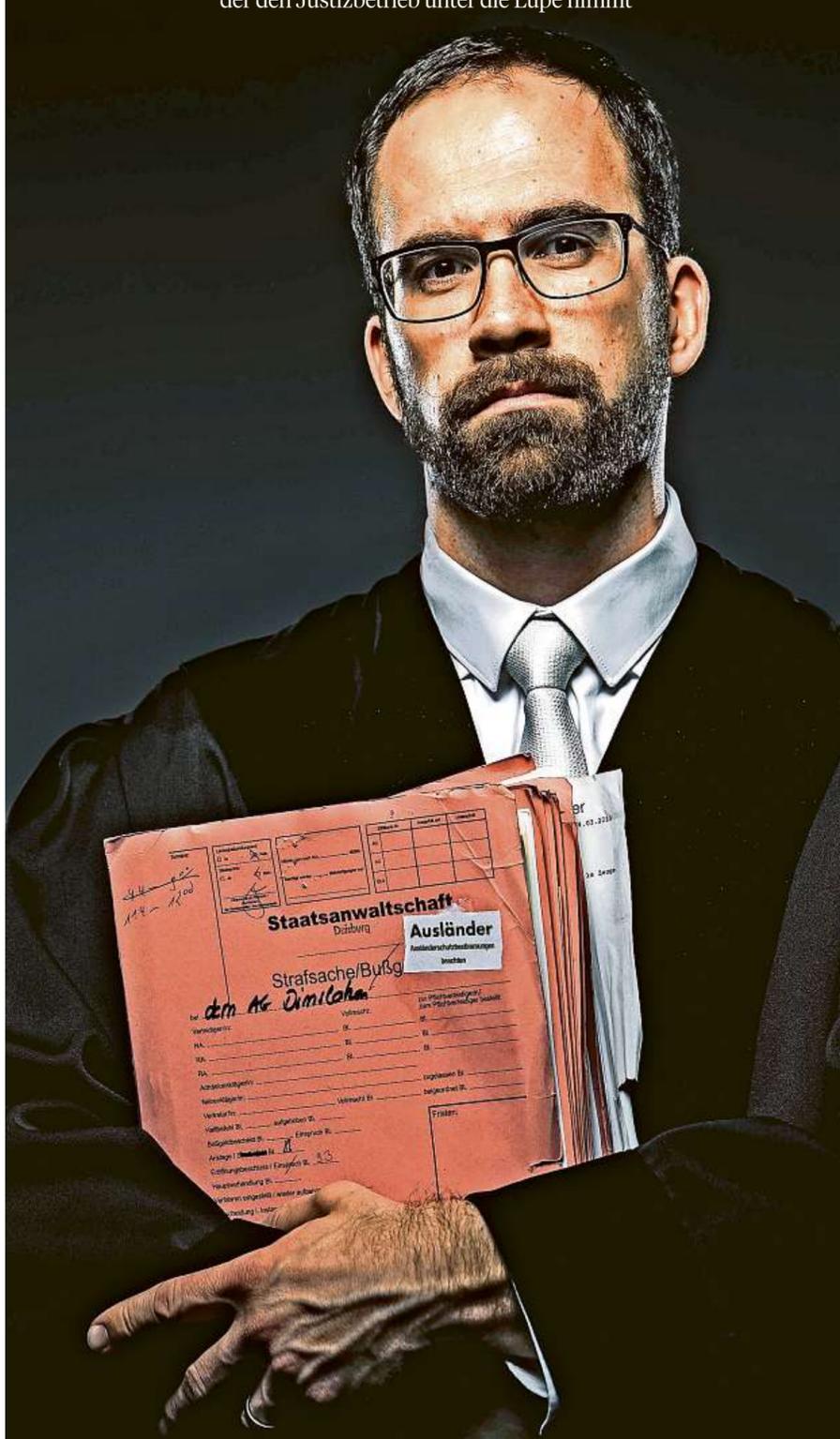
Um unangenehme Entscheidungen zu treffen, muss man insbesondere eine Ausbildung in Entscheidungspsychologie haben. Weil Entscheidung bedeutet auch immer Verantwortung. Es gibt durchaus psychologische Prüfungen, mit denen man herausfindet, ob jemand entscheidungsfreudig ist. Das gibt es in der freien Wirtschaft schon längst. Die werden bei Unternehmen mit Bewerbern beispielsweise für Führungspositionen durchgeführt. Das wäre eine Möglichkeit, so etwas für die Justiz zu entwickeln.

Bekanntermaßen leiden Staatsanwaltschaften und Gerichte nicht an Unterbeschäftigung. Liegt häufige Milde vielleicht auch darin mitbegründet, dass die Richter versuchen, damit Berufungs- und Revisionsverfahren vorzubeugen?

Ja, das ist meiner Meinung nach wenigstens eine zum Teil berechtigte Kritik. Ich habe insbesondere das Gefühl, dass Berufungsentscheidungen milder als das erstinstanzliche amtsgerichtliche Urteil ausfallen, um die Revision zu vermeiden. Ich weiß nicht, ob es die Arbeit – die Mehrarbeit ist – die dahinter stecken würde, oder die Sorge vor dem „Gesichtsverlust“, die ich als Richter habe, wenn mir

„Milde aus Furcht vor Gesichtsverlust“

PZ-INTERVIEW mit Amtsrichter Thorsten Schleif, der den Justizbetrieb unter die Lupe nimmt



Richter Thorsten Schleif aus Dinslaken liest den Kollegen in der Robe die Leviten.

FOTO: RIVA

„Um unangenehme Entscheidungen zu treffen, muss man insbesondere eine Ausbildung in Entscheidungspsychologie haben.“

Thorsten Schleif

„Justiz muss sich erklären“

Der **Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer** aus Pforzheim, begrüßt es, wenn mit dem Buch von Richter Thorsten Schleif eine Diskussion unter den Richtern in Gang kommt. Erst neulich sei er bei einem Symposium der Landes-CDU gewesen zum Thema: „Muss sich die Justiz erklären?“ Und ja, er denke, die Justiz muss sich besser erklären. Es gebe zu viele Urteile, die auch Polizisten nicht verstünden. Kusterer kritisiert insbesondere, das Polizisten, die attackiert,

sexuell angegangen oder beleidigt worden sind, Schwierigkeiten hätten, von Zivilgerichten Forderungen auf Schmerzensgeld durchzusetzen. Allerdings sei die Rechtsprechung beispielsweise auch in Baden-Württemberg regional recht unterschiedlich. Kusterer begrüßt, dass zum Beispiel Richter im Raum Mosbach den Straffrahmen etwa für Diebstahl voll ausschöpfen. „Das ist ein Dienst am Rechtsstaat“, sei aber eben nicht überall so. mik

Thorsten Schleif

... ist seit 2014 Amtsrichter in Dinslaken. Der gebürtige Jülicher (39) ist verheirateter Vater von zwei Kindern und lebt in Duisburg. Er hat in Bonn Rechtswissenschaften studiert und begann seine Richterkarriere in Düsseldorf.

Sein Buch „Urteil: ungerecht – ein Richter deckt auf, warum unsere Justiz versagt“ (Riva Verlag, 208 Seiten, 22 €) soll nicht sein letztes gewesen sein. Derzeit arbeite er an einem Manuskript zum Thema Entscheidungsfindung. mik

eine höhere Instanz mein Urteil raubt.

Nach den Morden von Halle beklagte der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, dass erst kurz vorher in Berlin wegen eines Angriffs mit Messer auf einen Polizisten nicht U-Haft verhängt worden sei. Und auch Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, beklagte unlängst im PZ-Interview, dass Beleidigungen der Polizei von den Gerichten kaum geahndet würden. Gibt es da innerhalb der Justiz ein Gefälle der Wertschätzung?

Das ist eine sehr gute Frage. Kann ich so nicht bestätigen, jedenfalls nicht für meinen Bezirk. Im Gegenteil, ich sowie viele meiner Kollegen in Dinslaken, gehen gegen Beleidigungen von Polizeibeamten sehr hart vor. Weil wir in dem Moment davon ausgehen, das ist der Staat, der beleidigt wird, nicht nur der Polizist als Einzelperson. Und der Staat darf sich so etwas nicht gefallen lassen.

Obendrein erschüttert ein Urteil die Republik, das schlimmste Beleidigungen von Renate Künast im Internet als „von der Meinungsfreiheit gedeckt“ befand. Auch hier werden verbale Ausfälle nicht mehr sanktioniert. Liegt das womöglich am etwas beliebig gewordenen Zeitgeist?

Das ist möglicherweise in der Presse falsch angekommen. Das war kein Strafurteil, sondern ein Zivilprozess, bei dem es um Auskunftsansprüche geht. Ich weiß nicht, welche Voraussetzungen das Gesetz an solche Auskunftsansprüche stellt. Rein strafrechtlich wären diese Äußerungen vom Begriff der Beleidigung im Strafgesetz hundertprozentig gedeckt.

Was halten Sie von den Bestrebungen einiger Bundesländer,

Schwarzfahren im ÖPNV von der Straftat zur Ordnungswidrigkeit herabzustufen, um so auch die Justiz zu entlasten?

Ich bin mir nicht sicher, ob das tatsächlich zu einer Entlastung führen würde. Wenn es eine Ordnungswidrigkeit wäre, würde ein Bußgeldbescheid ergehen, auch dagegen könnte man einen Einspruch einlegen und dann würde wieder das Verfahren beim Amtsrichter landen, beim sogenannten Ordnungswidrigkeiten-Richter, der ist allerdings auch Strafrichter. Der Gedanke dahinter war ja, gegebenenfalls Leuten die Ersatzfreiheitsstrafe zu ersparen, die wenig Geld haben. Man muss allerdings bedenken, wenn dies eine Ordnungswidrigkeit wird, und die kann nicht bezahlt werden, wird eine Zwangshaft angeordnet – und dann würde derjenige wieder im Gefängnis sitzen. Für den „schlecht bemittelten“ Bürger würde dies keinen Unterschied machen.

Für den Bürger nicht, aber für die entsprechenden Gerichte womöglich schon, oder?

Es wäre schön, wenn es so wäre. Aber ich sehe es nicht. Rein vom Gerechtigkeitsempfinden her gesehen könnte man das auf jeden Fall machen. Da haben wir einige Straftatbestände im Strafrecht, die nicht mehr ganz up to date sind –, weil das Strafrecht ein sehr altes Gesetz ist. Zum Beispiel für Körperverletzung und Diebstahl gibt es jeweils Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe – während in der Bevölkerung – meiner Meinung nach zurecht – Verletzung des Körpers als weit aus schlimmer angesehen wird, als die Verletzung des Eigentums.

Da sind doch aber Reformbestrebungen im Gange?

Die gibt es, die gibt es immer mal wieder. Aber bisher hat sich nichts geändert. Das ist ja ein Gesetz, das weit über 100 Jahre alt ist.

Triumphator im Syrien-Krieg

Wie keiner sonst hält Kremlchef Putin im Syrienkrieg die Fäden in der Hand – Deutschland schlägt international kontrollierte Sicherheitszone vor

ULF MAUDER | SOTSCHI

Wenn Kremlchef Wladimir Putin und sein türkischer Kollege Recep Tayyip Erdogan sich in Sotschi wiedersehen, können sie als entschlossene Kriegsherren Einklang demonstrieren. Die beiden Staatschefs spielen im Syrienkonflikt seit langem über Bande, obwohl sie unterschiedliche Interessen verfolgen. Das dürften sie heute Nachmittag einmal mehr der Weltöffentlichkeit zeigen – bevor am Abend die Feuerpause ausläuft.

Die Russen sehen sich im Syrienkonflikt aktuell als die ordnende Hand, die über jede Form von

Bewegung entscheidet. Jüngst reiste Putin auch das erste Mal seit Jahren wieder nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate, um für einen Neuanfang in Syrien zu werben. Sein Ziel ist es, Machthaber Baschar al-Assad zurück an den Tisch der Arabischen Liga zu bringen.

Ein Geschenk für die Russen war, dass die US-Truppen nun zu großen Teilen vom Grenzgebiet abgezogen sind. Damit wurde der Weg frei für den türkischen Einmarsch. Die Russen unterstützen ausdrücklich Erdogans Ziel, eine Sicherheitszone zu schaffen. Auf diese Weise ebnete Moskau der Führung in Damaskus auch den

Weg für einen Vormarsch syrischer Truppen in den Norden. Die Russen zwangen die Kurden auch in einen Dialog mit der syrischen Regierung, weil sie sich den Türken schutzlos ausgeliefert fühlten.



Für Wladimir Putin läuft es rund.

FOTO: DPA-ARCHIV

Für die seit langem geforderten direkten Gespräche stellte Russland seine Militärbasis bereit.

Die syrischen Truppen konnten nicht nur Gebiete zurückerobern. Sie – und damit auch Russland – erhalten so erstmals wieder Zugriff auf die immensen Ölressourcen. Dabei passen die Russen mit Patrouillen nun vor allem darauf auf, dass Türken und Syrer nicht ernsthaft aneinander geraten. Russland

sei inzwischen der einzig echte Machtfaktor in der Region, meint der Moskauer Außenpolitik-Experte Fjodor Lukjanow. Der Kreml erntet jetzt die Früchte seiner beharrlichen Linie und biegsamen Diplomatie. Vor allem aber im russischen Militäreinsatz sieht der Politologe den Erfolg. „Die Kombination von Stärke und geduldiger Diplomatie haben Effekte erzielt, die viele nicht für möglich gehalten haben.“

Bei aller Vorsicht ob der unberechenbaren Entwicklung sieht mancher in Moskau Gründe zum Triumphieren. Der Abzug der US-Truppen ist ein Etappensieg für den Machterhalt Assads. Ge-

legen kommt Russland zudem, dass die Türkei einmal mehr auf Konfrontation zum Westen geht.

Der wiederum reagiert in Person von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). Sie will Bündnispartner und Konfliktparteien in Nordsyrien für eine international kontrollierte Sicherheitszone gewinnen. Einen entsprechenden Vorschlag habe sie gestern mit Kanzlerin Angela Merkel abgestimmt und westlichen Verbündeten unterbreitet, wurde gestern Abend bekannt. Über eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr müsse dann der Bundestag entscheiden, so Kramp-Karrenbauer.